



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Karlsruher Versammlung am 8. und 9. Januar : Correspondenz aus  
Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

sehen haben, die seine Thätigkeit treffen würden, wenn dieselbe auch diesmal wieder die Steuerreform nicht fertig bringen sollte. Darüber, daß sein neuester Beschluß eine dauernde Rolle nicht zu spielen berufen ist, wird er sich wahrscheinlich selbst keine Illusionen machen, denn das jüngste Fiasco in der Steuerreformfrage hat seinen irgend belehrbaren Mitgliedern ein höchst vernehmliches Memento mori zugerufen.

### Die Karlsruher Versammlung am 8. und 9. Januar.

Correspondenz aus Schwaben.

Die erste Versammlung der südmainischen Nationalen fand am 14. October 1866 zu Stuttgart statt. Nach den Friedensschlüssen galt es zu verabreden, welche Haltung die deutschen Parteien in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen nunmehr einnehmen sollten. Damals wurde in erster Linie noch die Theilnahme der Süddeutschen am constituirenden Reichstage verlangt. Sollte dies aber angesichts der Friedensverträge undurchführbar sein, so wurden folgende Forderungen als die nächsten bezeichnet: ein Waffenbündniß mit dem Norden, die vertragsmäßige Uebertragung der Diplomatie auf Preußen, die Einführung des preussischen Wehrsystems, die Reorganisation des Zollvereins unter Beseitigung des liberum veto und unter parlamentarischer Theilnahme der Süddeutschen an der Zollvereinsgesetzgebung.

Von diesen Forderungen war ein guter Theil verwirklicht, als am 3. und 4. August 1867 die Vertreter der 4 süddeutschen Staaten abermals in der Niederhalle zu Stuttgart sich versammelten. In den neuen Resolutionen wurde vorangestellt, daß die Wiedervereinigung des Südens und Nordens eine Lebensbedingung des deutschen Volkes sei; es wurde jeder Versuch einer auswärtigen Einmischung in die innere Gestaltung Deutschlands als ein unberechtigter Eingriff zurückgewiesen, dann die Schutz- und Truxbündnisse und die Zollvereinsverträge, welche noch der Genehmigung durch die Kammern bedurften, als Anfänge der nationalen Gemeinschaft anerkannt, der Wunsch nach weiteren gemeinsamen Einrichtungen ausgedrückt, schließlich aber erklärt, daß der Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund der einzige Weg sei zur vollen Einigung Deutschlands, ein Weg, der durch den Prager Frieden nicht verschlossen sei. Marquard Barth hatte der Versammlung präsidirt, Bluntschli die Resolutionen staatsrechtlich begründet. Erlangen wurde als der Sitz des Ausschusses der bayrischen Fortschrittspartei zum

Vorort bestellt, sofern es diesem Ausschuß aufgegeben würde, die Initiative und Einleitung für ähnliche spätere Versammlungen zu treffen, deren Wiederkehr je nach Bedürfniß schon auf der ersten Versammlung als wünschenswerth bezeichnet worden war.

Von dieser Initiative der Bayern ist seitdem kein Gebrauch gemacht worden. Weder das Jahr 1868 noch das Jahr 1869 sah eine ähnliche Versammlung der süddeutschen Nationalen, und die Gründe sind begreiflich genug. Eine Zusammenkunft zur Abfassung von Resolutionen, die in den Jahren 1866 und 1867 nichts müßiges gewesen war, schien jetzt zwecklos, sofern an der Lage seit dem Sommer 1869 nichts geändert war, folglich das damalige Programm immer nur wiederholt werden konnte. Von einer regelmäßigen Periodicität hatte man von Anfang an ebenso abgesehen, wie von einer gemeinschaftlichen Parteiorganisation, schon aus dem Grunde, weil man Alles vermeiden wollte, was den Begriff einer Art von Südbund in das öffentliche Bewußtsein überführen konnte. Selbst eine nationale Liga gegen den Südbund hätte dem letzteren zu einem gewissen Schein der Existenz verholfen. Endlich aber war die Partei in jedem der vier Südstaaten vorwiegend mit der Arbeit im einzelnen Lande beschäftigt; es galt für jenes gemeinsame Programm auf dem Boden des Einzelstaats, theils in, theils außerhalb der Kammern zu wirken, und jede Partei sah sich dabei innerhalb ihres Landes eigenenthümlichen Verhältnissen gegenüber. Gemeinschaftliche Operation konnte da wenig nützen, wo man überall unter mehr oder weniger günstigen Umständen eigenartige Gegnerschaften in Regierung und Volk zu bekämpfen hatte. Am meisten machte dies gerade in Bayern sich geltend, wo der Fortschrittspartei, deren Ursprung und Organisation über das Jahr 1866 zurücklag, ein besonders vorsichtiger und gemessener Gang vorgezeichnet war. Ihre Thätigkeit war überdies seit längerer Zeit ausschließlich von inneren Landesangelegenheiten in Anspruch genommen.

Dennoch machte sich das Bedürfniß einer Annäherung der in den gleichen Zielen verbundenen Parteien der süddeutschen Länder mit der Zeit dringend fühlbar. Und zwar gerade weil die beiden letzten Jahre so ereigniß- und folgenreich für die innere Politik dieser Länder gewesen waren, weil es von Werth war, eine Reihe von Erfahrungen auszutauschen, die in jedem Lande wieder verschieden geartet, doch ihren Bezug hatten auf das gemeinsame Ziel und hervorgerufen waren durch die eine deutsche Frage. Wenn auch ein Anlaß für neue Resolutionen fehlte, so war doch dieser Zweck sicher nicht der einzige, der eine neue Zusammenkunft motivirte. Es war schon dies von Werth, daß man — auch ohne bestimmte Absicht, so zu sagen nicht in officieller Eigenschaft — sich wieder sah, in geselligem Verkehr sich kennen und schätzen lernte, und in vertraulicher Weise Gegenwärtiges und Künftiges be-

sprach; denn der Deutsche liebt es, auch die Sache des Vaterlandes zur Sache der persönlichen Freundschaft zu machen und gern vergewissert er sich von Zeit zu Zeit des Gefühls, daß er denen am nächsten stehe, mit welchen ihn Urtheil wie Sorge und Arbeit für das höchste Ziel verbindet.

Am lebhaftesten war dieses Bedürfniß bei den Württembergern und sie hatten angelegentlich um eine Wiederholung jener ersten Zusammenkünfte, und als dies nicht recht thunlich sich erwies, auch die Besprechungen zu Mainz und Heidelberg während des volkswirtschaftlichen Congresses und des Juristentages keine Förderung brachten, wenigstens um eine Vereinigung zunächst in geselligen Formen sich bemüht. Nicht nur war ihnen die Aussicht auf eine kleine Luftveränderung vor Allem erwünscht und zu gönnen, sondern sie find auch thatsächlich die isolirtesten, denn ihnen fehlt selbst jener Ersatz des Zollparlaments, das die Bayern, Badener und Hessen doch immer in einen gewissen Zusammenhang unter sich wie mit den Norddeutschen erhält. Aus solchen Anregungen entstand die Karlsruher Versammlung vom 8. und 9. Januar, die allen Theilnehmern sicher die lebhaftesten und hoffnungsreichsten Eindrücke zurückgelassen hat. Als die Würtemberger ihren Besuch ankündigten, wurden von den Badenern auch die Hessen und Bayern geladen. Leider konnten die letzteren gerade in diesen Tagen unmöglich von München sich entfernen. Dagegen waren 7 Abgeordnete aus Südhessen erschienen. Würtemberger waren 22, darunter zwei Mitglieder der Kammer der Standesherrn, Häupter fürstlicher Familien, und 4 Abgeordnete der zweiten Kammer gekommen. Die Nationalliberalen der badischen Kammer waren in der Zahl von 50, auch die erste Kammer war durch mehrere Mitglieder vertreten. Dem geselligen Verkehr thaten ein Abendbanket und ein Mittagsmahl Genüge. Einer geordneten Berathung waren die Vormittagsstunden am 9. gewidmet.

Diese Berathung, welcher Ramey präsidirte, wurde eingeleitet durch Berichte über die Lage der Partei in den einzelnen drei Ländern, erstattet durch Hölder für Württemberg, durch Mez für Hessen, durch Kiefer für Baden. Für die Gäste war jedenfalls der heredte, aus der Tiefe hervorquellende Vortrag des letzteren vom größten Interesse. Wie sie sonst in diesen Tagen nur die günstigsten Eindrücke von der politischen Gegenwart Badens in sich aufnehmen konnten, so machte sie Kiefer auch mit den Schattenseiten, mit den Schwierigkeiten und Gefahren der jetzigen Lage bekannt. Er entwarf ein durchsichtiges Gemälde von der clericalen Agitation, ihren Mitteln und Kampfweisen, ihren Verzweigungen und auswärtigen Stützpunkten und er ließ durchblicken, welche Schwierigkeiten dem Lande durch die Verzögerung der Aufnahme in den norddeutschen Bund geschaffen würden. Aber er wies zugleich auf den einzig möglichen Weg, auf welchem diese Schwierigkeiten

überwunden werden können, auf den Weg, der von der Regierung und Landesvertretung gemeinschaftlich bereits mit Energie und Erfolg eingeschlagen worden war. In diesem Zusammenhang wurden auch die Motive der Offenburger Bewegung angedeutet, Erklärungen, welche um so unbefangener gegeben und aufgenommen wurden, als die Spuren jenes Herwürfnisses längst verwischt sind.

Im Uebrigen galt der Meinungsaustrausch den Angelegenheiten der Presse, dann einer gemeinsamen Organisation der Partei in Süddeutschland und weiterhin mit der Nationalpartei des Nordens. Es war eine freie Erörterung, die nicht auf augenblicklich festzustellende Resultate hinsteuerte, sondern erst die Elemente zu solchen sammelte. Doch wurde die Bildung eines provisorischen Neunerausschusses zunächst aus Angehörigen der hier vertretenen drei Länder beschlossen, der, nachdem er sich zuvor mit den Bayern ins Vernehmen gesetzt, die formelle Leitung der Geschäfte übernehmen, die Initiative zu ähnlichen Versammlungen ergreifen und für diese bestimmtere Vorschläge in den angeregten Punkten ausarbeiten soll. Die Bestellung eines solchen leitenden Organs, die wirklich als ein Bedürfnis sich erwiesen hatte, fand keinen Widerspruch. Wenn man weiß, welch' verwickelter und sich kreuzender Briefverkehr zwischen Stuttgart und München, Karlsruhe und Darmstadt, Stuttgart und Karlsruhe, Karlsruhe und München u. s. w. für die Einleitung einer solchen Versammlung bisher geführt werden mußte, wird man die Zweckmäßigkeit einer Geschäftsvereinfachung nicht bestreiten. Es wurde indessen angenommen, daß sich die Thätigkeit des Ausschusses vorerst eben auf diese geschäftlichen Punkte, auf die Erleichterung des persönlichen Verkehrs beschränken sollte. Eine gemeinschaftliche Organisation der in jedem Land unter eigene Bedingungen gestellten und so zu sagen naturwüchsig entwickelten Parteien ist damit nicht beabsichtigt und von einer Seite wurde warnend auf den Vorgang des in Süddeutschland niemals acclimatisirten Nationalvereins mit seinen regelmäßigen Versammlungen und regelmäßigen Resolutionen hingewiesen, eine Organisation, deren Erneuerung unter den jetzigen Umständen eher einen Rückschritt bedeuten, jedenfalls nichts fördern würde.

Auch die Schwierigkeiten, die einer organischen Verbindung mit der Nationalpartei des Nordens im Wege stehen, kamen zur Sprache. Zur Zeit sind sie in der That schwerlich zu überwinden, obgleich auch hier geschäftsleitende Organe zur Vermittlung eines rascheren und lebhafteren Verkehrs zu wünschen sind. Außer den eigenthümlichen Bedingungen der Parteien im Süden kommt hierbei im Norden die Trennung der nationalliberalen und der Fortschrittspartei in Betracht, welche bekanntlich schon im Zollparlament den Anschluß der nationalen Bayern an die nationalliberale Partei verhin-

bert hat. Im Süden, wo gegenwärtig sehr verschiedene Elemente von der demokratischen bis zur freiconservativen Schattirung gemeinschaftlich zu dem einen Ziel zusammenwirken, wäre eine vorzeitige Trennung dieser Elemente unvermeidlich bei dem Anschluß an eine der norddeutschen Parteien und sicher vom Uebel. Nachdem nun einmal mit dem Jahr 1867 ein vorläufig nicht zu überspringender Abschluß unserer nationalen Entwicklung gegeben und die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten anerkannt ist, bleibt unter normalen Verhältnissen ein neuer Impuls zunächst nur aus dem Innern dieser einzelnen Staaten heraus zu erwarten. Offenbar ist dies noch ein langwieriger Proceß, der wohl in indirecter Weise von außen gefördert und erleichtert werden kann, bei dem aber die nationale Partei jedes Landes doch wesentlich auf ihre eigenen Mittel angewiesen ist. Niemand kann den Württembergern helfen, daß sie mit ihrer Volkspartei fertig werden, Niemand den Bayern, daß sie in künftigen Wahlen die Ultramontanen schlagen. Die Hauptsache ist, daß hier und dort die nationale Sache so feste Wurzeln geschlagen hat, daß sie wohl vorübergehende Einbußen erleiden mag, aber gründlich nicht mehr erschüttert oder unterdrückt werden kann. Das Weitere muß die wachsende Einsicht und Bildung thun. Daß der Schwerpunkt der süddeutschen Frage heute nicht in Hessen, nicht in Baden, nicht in Württemberg, sondern in Bayern liegt, hat Bluntschli in einleuchtender Weise dargethan.

Die geselligen Vereinigungen erhielten dadurch erhöhte Bedeutung, daß ungeachtet der Vorstellungen, welche die süddeutsche Diplomatie erhoben haben soll, sämtliche badische Minister theilnahmen, mit Ausnahme des in Berlin abwesenden Generals v. Beyer. Schon die äußere Zusammensetzung der Festtafel gab so den Gästen aus Hessen und Württemberg ein erfreuliches Bild von der Gesundheit des badischen Staatswesens. Der freundschaftliche Verkehr von Ministern, Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer, Beamten und Bürgern veranschaulichte die Einigkeit sämtlicher Elemente des Staatslebens zu dem doppelten Zweck der nationalen Wiedergeburt wie der freisinnigen Gestalt der inneren Einrichtungen. Man begriff wie dieser Staat, der seine feste Stellung zu Deutschland gewonnen hat, zugleich der einzige der süddeutschen Staaten ist, der in einer ruhig und unausgesetzt fortschreitenden Reformarbeit auf allen Gebieten des Culturlebens sich befindet. Und dankbar wurde des Antheils gedacht, welcher der festen Haltung des Großherzogs gebührt: das bewies der stürmische Anklang, welcher Römers aus Tübingen auf den fürstlichen Führer der nationalen Sache in Süddeutschland ausgebrachter Toast fand.

Es ist in diesen Toasten manches bedeutende und feine Wort geredet worden. Vielleicht das bezeichnendste war, daß sie die gründlich veränderte

Stellung constatirten, welche der süddeutsche Liberalismus heute zu dem Militärwesen einnimmt. Wer sich erinnert, wie diese Frage immer die heikelste und unpopulärste in Süddeutschland war und bis in die Gegenwart den schwächsten Punkt der liberalen Parteien bildete, der mußte die Art, wie Dernburg, Ramey, Kiefer unter lebhafter Zustimmung der Versammlung darüber sich aussprachen, wirklich für ein Symptom halten. Wir sind in der That weiter gekommen. Die Ehre der allgemeinen Wehrpflicht wird einen unauslöschlichen Ritt bilden, eine sichere Grundlage für den künftigen Staatsbau, so sicher wie die gemeinschaftlichen Zollvereinsinteressen. Zu bedauern war nur, daß nicht auch eine württembergische Stimme sich ausdrücklich in dieses Concert mischte. Es war zufällig, aber doch wäre von dieser Seite die Zustimmung doppelt erwünscht gewesen, denn nur in diesem Lande ist heute eine Agitation gegen die Wehrhaftigkeit Deutschlands möglich, für die es in Baden und selbst in Bayern an allen Elementen fehlt.

Es liegt in solchen Zusammenkünften gleichgestimmter und an einem Werk arbeitender Männer immer ein Moment der Ermuthigung. Und selten mag dieses Gefühl so frisch und ungetrübt sich mitgetheilt haben als diesmal in Karlsruhe, das allerdings der günstigste Boden war, den die süddeutschen Nationalen finden konnten. Eine nächste Versammlung wird vielleicht wieder in Stuttgart stattfinden. Dann wird ihre äußere Physiognomie freilich eine andere sein; ohne Zweifel werden die Gäste nicht dieselben erfreulichen Eindrücke, wie heuer mit nach Hause nehmen und lebhafter als in Karlsruhe werden die Hindernisse empfunden werden, mit welchen die nationale Sache noch zu kämpfen hat.

7.

### Aus Schleswig-Holstein.

Anfang Januar.

Wenn ich die Chronik unserer Provincialereignisse chronologisch da wieder anknüpfen darf, wo ich sie im Spätsommer v. J. fallen ließ, habe ich zunächst noch ein Wort über die Altonaer landwirthschaftliche und Industrieausstellung nachzutragen. Obwohl das Unternehmen durch das Zusammenfallen mit der großen Hamburger Gartenausstellung etwas gedrückt wurde, gelang es ihm doch einen ganz respectablen Erfolg einzuheimsen. Es war gelungen, die französische und belgische Industrie in großem Umfange für die Exposition zu interessiren, die meisten Pariser Firmen von Auszeichnung hatten ihre so